

Datenschutz

Wir nehmen den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten sehr ernst und möchten Ihnen mit dieser Datenschutzerklärung daher einen Überblick darüber geben, wie der Schutz Ihrer Daten gewährleistet wird, welche Arten von Daten zu welchem Zweck erhoben und wie sie verwendet werden.

Das IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz ist als zentrale Verwaltungseinrichtung der bayerischen Justiz für alle im Zusammenhang mit der Entwicklung und dem Einsatz von Informationstechnik stehenden Angelegenheiten zentral zuständig. So ist es für die Planung, Konzeption, Koordination, Durchführung und das Controlling der IT-Projekte der bayerischen Justiz verantwortlich. Im Rahmen der Erfüllung dieser Aufgaben verarbeitet das IT-Servicezentrum auch personenbezogene Daten. Das sind beispielsweise Angaben zu Ihrer Person, aber auch zu Sachverhalten, die mit Ihrer Person in Verbindung stehen. Bei der Erhebung, Speicherung, Übermittlung und sonstigen Verarbeitungen genügen wir höchsten Anforderungen an die Sicherheit Ihrer Daten.

Die in diesen Hinweisen bezeichneten Gesetze können Sie im Internet unter <http://www.gesetze-im-internet.de> (Bundesrecht), <http://www.gesetze-bayern.de> (Landesrecht Bayern) und <http://eur-lex.europa.eu/> (Recht der Europäischen Union) in der jeweils geltenden Fassung abrufen.

Verantwortliche Stelle

IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz
Faberstr. 9
92224 Amberg
E-Mail: poststelle@jus-it.bayern.de
Tel.: (09621) 9621-0

Datenschutzbeauftragter

Bei Fragen zum Datenschutz im Zusammenhang mit unserer Tätigkeit können Sie sich an unseren behördlichen Datenschutzbeauftragten/unsere behördliche Datenschutzbeauftragte wenden. Sie erreichen diese/diesen unter:

Behördliche Datenschutzbeauftragte/Behördlicher Datenschutzbeauftragter – persönlich –
IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz
Faberstr. 9
92224 Amberg
Telefon: (09621) 9621-0
E-Mail: it-datenschutzbeauftragte@jus-it.bayern.de

Hinweise zum Datenschutz in der bayerischen Justizverwaltung

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten durch das IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz ist die Erfüllung der uns zugewiesenen öffentlichen Aufgaben. Dazu gehören der Betrieb der Technik, die Entwicklung, Einführung und Pflege justizspezifischer Software, die IT-Schulung und Betreuung der Anwender und Anwenderinnen sowie die Beschaffung und Ausstattung der Arbeitsplätze mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik. Ihre personenbezogenen Daten werden nur verarbeitet, soweit dies zur Wahrnehmung dieser Aufgaben bzw. der Erfüllung gesetzlicher Pflichten erforderlich ist oder Sie ausdrücklich eingewilligt haben.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten ergibt sich, soweit nichts anderes angegeben ist, aus Artikel 4 Absatz 1 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) in Verbindung mit Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben a, b, c und e der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und der jeweiligen gesetzlichen Aufgabenzuweisung bzw. Ermächtigungsnorm. Demnach ist es uns erlaubt, die zur Erfüllung einer uns obliegenden Aufgabe erforderlichen Daten zu verarbeiten. Besondere Kategorien personenbezogener Daten (wie zum Beispiel Gesundheitsdaten) werden von uns auf der Grundlage von Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe f DSGVO und der jeweiligen Rechtsgrundlage verarbeitet, soweit dies im Rahmen unserer Tätigkeit erforderlich ist.

Empfänger und Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden unseren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zur Erfüllung unserer Aufgaben sowie Dritten nur auf der Grundlage gesetzlicher Vorschriften übermittelt oder wenn Sie in die Übermittlung eingewilligt haben.

Soweit erforderlich übermitteln wir Ihre personenbezogene Daten auf gesetzlicher Grundlage an andere Stellen der Landesverwaltung oder an Dienstleister, die personenbezogene Daten in unserem Auftrag verarbeiten. Für die Erledigung unserer Aufgaben benutzen wir IT-gestützte Fachverfahren (Software), in die Ihre Daten eingegeben werden.

Ferner können Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage entsprechender gesetzlicher Vorschriften an andere Behörden, Gerichte und Verfassungsorgane des Freistaats Bayern, anderer Länder, des Bundes oder der Europäischen Union übermittelt werden, soweit es für unsere oder deren Aufgabenerfüllung notwendig ist.

Gegebenenfalls werden Ihre Daten an die zuständigen Aufsichts- und Rechnungsprüfungsbehörden zur Wahrnehmung der jeweiligen Kontrollrechte übermittelt.

Der technische Betrieb unserer Datenverarbeitungssysteme erfolgt durch das Bayerische Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, Alexandrastraße 4, 80538 München und das Bayerisches Landesamt für Steuern, Sophienstraße 6, 80333 München.

Zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit in der Informationstechnik können bei elektronischer Übermittlung Daten an das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik weitergeleitet werden und dort auf Grundlage der Artikel 12 ff. des Bayerischen E-Government-Gesetzes verarbeitet werden.

Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen und der jeweiligen Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

Ihre Rechte als betroffene Person

Als Betroffener einer Datenverarbeitung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Artikel 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Artikel 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen (Artikel 17 und 18 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Artikel 20 DSGVO).
- Falls Sie in die Verarbeitung eingewilligt haben und die Verarbeitung auf dieser Einwilligung beruht, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, können Sie der Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten jederzeit widersprechen (Artikel 21 DSGVO). Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, unterbleibt in der Folge eine weitere Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, werden wir prüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzung hierfür erfüllt sind.

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Sie haben darüber hinaus das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde im Sinne des Artikel 51 DSGVO über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu beschweren. Zuständige Aufsichtsbehörde für bayerische öffentliche Stellen ist der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz:

Bayerischer Landesbeauftragter für den Datenschutz
Postfach 22 12 19
80502 München